

# Die U'wa in Kolumbien: der Widerstand eines ganzen Volkes gegen die Erdölförderung

Die U'wa - ein 5.000 Menschen zählendes Indianervolk in den Nebelwäldern Nordost-Kolumbiens – haben die Weltöffentlichkeit eindringlich auf solche Folgen der Erdölförderung hingewiesen, die bis heute als nebensächlich gelten. Neben Umwelterstörung und Missachtung von Landrechten sind es kulturelle und mythologische Gründe, die sie dazu bewogen, die Erkundung und Ausbeutung von Erdöllagerstätten auf ihrem Territorium grundsätzlich abzulehnen. In einer Erklärung der U'wa vom 31.3.1993 heisst es: „Die Erde hat einen Kopf, Arme, Beine und das U'wa-Territorium ist ihr Herz. Es ist der Flügel, der das Universum trägt. Lässt man es ausbluten, kann es dem übrigen Körper kein Leben mehr geben. Das Öl wie auch die übrigen natürlichen Ressourcen sind ihr Blut; deshalb müssen wir sie schützen.“ Der Sorgfaltspflicht gegenüber den in der Erde vorhandenen Bodenschätzen hat im religiösen Weltbild der U'wa einen festen Platz. Das immer wieder vorgebrachte Argument, dass traditionell lebende indigene Völker „Wächter der Erde“ seien, hat bei den U'wa doppelte Bedeutung.

## Aktueller Stand

Nach jahrelangen juristischen und politischen Tauziehen schienen die U'wa im Mai 2002 zunächst den Sieg aus den Streitigkeiten um die Erdölförderung davonzutragen. Das nordamerikanische Erdölunternehmen „Occidental Petroleum Corporation“ (OXY), das seinen Sitz in Los Angeles hat und seit 1992 in der Region tätig ist, stellte die Erkundungsarbeiten am Bohrloch Gibraltar 1 wegen angeblich zu geringer Erdölfunde ein. Es könnte sich dabei jedoch um einen taktischen Rückzug handeln, da schon im November 2002 die staatliche Erdölgesellschaft „Empresa Colombiana de Petróleos“ (ECOPETROL) die Erdölsuche wieder aufnahm und dem eigenen Vernehmen nach fündig wurde. Vermutlich hofft OXY, dass sie von der internationalen Terroristenbekämpfung der US-Regierung profitieren kann. Zusammen mit den Mitteln zur Finanzierung des Irakkrieges hat die Bush-Administration zugleich auch die Militärhilfe für Kolumbien aufgestockt, wo linksgerichtete Guerillaverbände wiederholt Anschläge auf Erdölpipelines verübten. Eine Zusammenarbeit der OXY mit der 18. Brigade der kolumbianischen Streitkräfte, die bei ihrer Guerillabekämpfung vor Menschenrechtsverletzungen nicht zurückschreckt, ist belegt, und die Aufstockung der US-amerikanischen Militärhilfe unter der Bush-Administration, lässt ähnliches vermuten. Außerdem wird OXY unabhängig davon, wer das Öl des Vorkommens Gibraltar 1 fördert, über den Abtransport durch ihre Pipeline Caño Limón daran profitieren, die ihr gemeinsam mit ECOPETROL gehört. Von berechnender Taktik waren zuvor auch die Maßnahmen der kolumbianischen Regierung geprägt. Sie erkannte zunächst Landansprüche der U'wa an, um dann 700 m von dem Gebietsgrenzen entfernt die Erdölerkundung zu gestatten.

## Ein Volk ....

Die U'wa, die sich selbst „das denkende Volk“ nennen, lebten in vorkolonialer Zeit im Gebiet zwischen der Sierra Nevada del Cocuy und der Sierra de Mérida im heutigen Venezuela. Im Wechsel der Jahreszeiten durchquerten sie drei unterschiedliche Höhenzonen, wo sie Pflanzen und Tiere sammelten, jagten und fischten sowie auch ihre Felder anlegten. Bis heute bleiben diese dem ungeübten Auge verborgen, weil beim Anlegen der Felder keine Bäume gefällt werden. Es heisst, die U'wa seien immer ein friedfertiges Volk gewesen, dass außer für die Jagd keine Waffen kannte. Nach ihrer Religion muss die



CLIMATE ALLIANCE  
KLIMA-BÜNDNIS  
ALIANZA DEL CLIMA e.V.

## Kolumbien: Die U'wa

### Autor:

Dr. Lioba Rossbach de Olmos

Fon +49-69-71 71 39-32

[l.olmos@klimabuendnis.org](mailto:l.olmos@klimabuendnis.org)

European Secretariat

Galvanistraße 28

D-60486 Frankfurt am Main

Fon +49-69-71 71 39-0

Fax +49-69-71 71 39-93

[europe@klimabuendnis.org](mailto:europe@klimabuendnis.org)

[www.klimabuendnis.org](http://www.klimabuendnis.org)

Erde im Gleichgewicht gehalten werden. Es sind zwei parallele Welten, die aufeinander aufbauen und voneinander abhängig sind: eine überirdische, auf der das physische Leben existiert, und eine unterirdische, die das geistige Leben trägt. Die U'wa sehen ihre Mission darin, für dieses Gleichgewicht Sorge zu tragen.

Vor den spanischen Eroberern sollen sich die U'wa in die Berge zurückgezogen haben, wo sie ihre Kultur über die Jahrhunderte hinweg erhalten konnten. Allerdings ist ihnen ein kollektiver Selbstmord ihrer Vorfahren überliefert, den diese der Versklavung durch die Spanier vorzogen. Als dann um 1940 Missionare den Bau einer Straße in das U'wa-Gebiet durchsetzten und die Regierung Siedler, die von einem Bürgerkrieg aus anderen Teilen Kolumbiens vertrieben worden waren, in der Region ansiedelte, war das Volk der U'wa und ihre Kultur erneut in Gefahr. Von 1940 bis 1970 hat die Regierung 85 Prozent des traditionellen U'wa-Gebietes den Siedlern übereignet, und 18.000 U'wa starben durch Krankheit und Gewalt. Zwei U'wa-Klans wurden völlig ausgerottet.

### ... und das Erdöl.

Die U'wa sagen, dass sie seit Tausenden von Jahren vom Petroleum Kenntnis haben, das unter ihrem Land liegt. Sie nennen es „ruira“. Es passt in ihr Bild von einer geschichteten Welt mit Erde, Wasser, Öl, Berge und Himmel.

Die U'wa sagen: „Das Öl, Ruirá, ist heilig, weil es ein Stoff ist, der lebt, es ist Blut, und es ist die Kraft des Körpers und des Geistes, den die Götter für den Erhalt des Lebens gaben. Bevor der Ewige Vater Rukwa kam, um das Petroleum zu bringen, brachte er den Schlamm, die Berge, Flüsse, Seen, Felsen ... dann brachte er das Petroleum, das sich über die ganze Welt ergoss und auch über die andere, die untere Welt ... . Er brachte es hinunter bis zu der Stelle, wo die Welt gehalten wird. Das Herz der Erde auszubeuten, würde den Zusammenbruch der Kultur und den Tod der U'wa bewirken.“

Die Mythologie der U'wa und ihre Vorstellung, dass das Erdöl in der Erde belassen werden muss, lässt sich nicht mit der Logik des globalisierten Marktes in Einklang bringen. Diese Logik aber war und ist es, die über sie hereinbrach, obwohl sowohl das internationale Recht (ILO-Konvention 169 von 1989, Kasten dazu ) als auch die kolumbianische Verfassung den Indianern das Recht auf den Erhalt der kulturellen Identität garantiert. Respektiert wurden diese Rechte bei den U'wa jedoch weder vom kolumbianischen Staat noch von der Erdölgesellschaft Occidental Petroleum.

### Chronologie eines Konfliktes

Ende 1991 schloss das staatliche Erdölunternehmen ECOPETROL mit verschiedenen Erdölgesellschaften Verträge zur Erkundung und Ausbeutung des sogenannten Blockes Samoré. 1992 und 1993 erwarb sich u.a. auch die Occidental Petroleum Anteile auf diesen Block, der 208.504 Hektar umfasst und sich über fünf kolumbianische Bundesstaaten erstreckt. Neben zwei Nationalparks überlagerte sich das Gebiet auf 20 Prozent mit indianischen Schutzgebieten.

Im Mai 1992 beantragte die OXY von der zuständigen Naturschutzbehörde INDERENA die erforderliche Umweltgenehmigung, deren Erteilung mit der Schaffung eines nationalen Umweltministeriums 1993 in dessen Zuständigkeitsbereich übergang. Kurze Zeit später begannen seismische Untersuchungen im Block Samoré. Obwohl im Januar 1993 Absprachen mit den U'wa getroffen worden waren, die Grenzen der indianischen Gebiete zu respektieren, wurden die Erkundungsarbeiten auf traditionellem U'wa-Territorium



CLIMATE ALLIANCE  
KLIMA-BÜNDNIS  
ALIANZA DEL CLIMA e.V.

Kolumbien: Die U'wa

ausgeführt. Schon in ihrer ersten Verlautbarung aus dem Jahre 1993 trugen die U'wa ihre in der eigenen Mythologie gründenden Argumente vor und lehnten die Erkundung und Ausbeutung von Erdöl auf ihrem Territorium grundsätzlich ab. OXY ließ in den anschließenden Monaten nichts unversucht, um die U'wa von den Vorteilen der Erdölausbeute zu überzeugen und versprach die Durchführung von Gesundheits-, Bildungs- und Infrastrukturprogrammen. Überzeugen konnte sie damit vielleicht Einzelpersonen, nicht aber den „Obersten Rat der U'wa“ (Cabildo Mayor U'wa), der aus einer Vorläuferorganisation hervorgegangen war und seit 1994 unter dem vollständigen Namen „Vereinigung der Räte und traditionellen Autoritäten der U'wa“ das gleichnamige indigene Volk, d.h. gegenwärtig 17 Gemeinden vertritt.

Im November 1994 wandte sich der „Oberste Rat der U'wa“ an die „Generaldirektion für indianische Angelegenheiten“, das Büro, das innerhalb des Innenministeriums für die Belange der 84 indigenen Völker Kolumbiens zuständig ist. Im selben Jahr schlug die Generaldirektion vor, den U'wa mit umfassenden Informationen einen autonomen Diskussionsprozess über die Folgen der anstehenden Erdölförderung zu ermöglichen. Zudem mahnte sie das Fehlen einer Verträglichkeitsprüfung über die kulturellen Auswirkungen an. Im Januar 1995 fand dann ein Treffen aller Beteiligten statt, bei der die Einrichtung einer interkulturellen Kommission von U'wa, OXY und der Generaldirektion für indianische Angelegenheiten vereinbart wurden. Unter Missachtung dieser Vereinbarung erteilt das Umweltministeriums am 3. Februar 1995 die von der OXY beantragte Umweltgenehmigung. Es sah die Voraussetzungen für die Erteilung dieser Genehmigung als erfüllt an.

Eine nächste Zusammenkunft der Beteiligten stand schon im Zeichen von heftigen Protesten. Die U'wa wollten alle weiteren Schritte von Konsultationen mit den eigenen Gemeinschaften abhängig machen. Nach internen Beratungen nahmen ihre Verlautbarungen an Dramatik zu. Angesichts der gewalttätigen Erfahrungen mit den spanischen Eroberern, den christlichen Missionaren und den weißen Siedlern sahen sie den Verlust ihrer Ländereien, die Übergriffe auf ihre heiligen Stätten, die Auflösung ihrer Familien und Gemeinschaften als unausweichliche Folgen der anstehenden Erdölausbeute auf sich zu kommen. Sie drohten mit kollektiven Selbstmord.

### **Nationale Gerichtsentscheide**

Das staatliche Indigenenbüro nahm diese Ankündigung ernst und leitete zwei Schritte ein. Es beantragte beim obersten Verwaltungsgericht Kolumbiens, die vom Umweltministerium erteilte Umweltgenehmigung für nichtig zu erklären. Gegenüber dem obersten kolumbianischen Gerichtshof wurde eine sogenannte Tutel-Klage zugunsten der U'wa angestrengt. Dies war ein 1991 in der neuen Verfassung Kolumbiens verankerter Mechanismus, der Personen oder Personengruppen erlaubt, direkt von einem Richter Rechtsschutz zu verlangen. Dieser Tutel-Klage wurde vom Obersten Gerichtshof stattgegeben. Denn Kolumbien war – so die Begründung – durch seine innerstaatlichen Gesetze, aber auch durch die Ratifizierung internationaler Abkommen (der ILO-Konvention Nr. 169 von 1989) gehalten, bei Vorhaben, die, wie die Erdölförderung, die Indianer unmittelbar betreffen, einen angemessenen Konsultationsprozess sicherzustellen, der nicht erfolgt sei. Die Umweltgenehmigung könne deshalb nicht zur Anwendung kommen, und die Erdölerkundung auf U'wa-Gebiet müsse ausgesetzt werden, bis ein realer Konsultationsprozess erfolgt sei. Gegen diese Entscheidung legten die Erdölgesellschaften OXY und ECOPETROL Widerspruch ein, so dass der Fall vor das Verfassungsgericht kam.



CLIMATE ALLIANCE  
KLIMA-BÜNDNIS  
ALIANZA DEL CLIMA e.V.

Kolumbien: Die U'wa

Das Verfassungsgericht entschied im Februar 1997, dass die Erteilung der Umweltgenehmigung der herrschenden Rechtslage widersprach. Es ordnete innerhalb von 30 Tagen einen Konsultationsprozess unter den U'wa an. Mit dieser Entscheidung waren die betroffenen Indianer aber nicht einverstanden. Sie sahen sich zwar darin bestätigt, dass bisher kein ordentlicher Konsultationsprozess erfolgt war, andererseits brauchten sie keine Konsultationen, da sie ihre grundlegende Ablehnung von Erdölerkundungs- und förderaktivitäten auf ihrem Territorium schon wiederholt zum Ausdruck gebracht hatten. Unterstützung für ihre Position fanden sie damit nicht nur bei der Nationalen Indianerorganisation Kolumbiens (ONIC), sondern auch bei der nationalen und internationalen Öffentlichkeit.

Nur einen Monat später verhandelte auch der Staatsrat über die Klage gegen die Umweltgenehmigung. Im Unterschied zum Verfassungsgericht sah er jedoch die gesetzlichen Vorgaben für erfüllt. Er erklärte die Umweltgenehmigung für rechtmäßig und lehnte neue Konsultationen ab. Er erklärte seine Entscheidung für endgültig.

### **Internationale Krisenintervention**

Ab diesem Zeitpunkt suchen die U'wa verstärkt internationale Unterstützung. Im Mai 1997 reisen sie in die USA. Sie suchen um Hilfe bei Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen nach und machen eine Eingabe an die Inter-Amerikanische Menschenrechtskommission. Während einer zweiten Reise in die USA im Oktober desselben Jahres wendet sich der Wortführer der U'wa Berito Kubaru'wa in einem offenen Brief an den Präsidenten der Erdölgesellschaft Occidental Petroleum:

"Ich schreibe Ihnen, um Sie zu bitten, das Ersuchen meines Volkes zu hören und ihr Erdölprojekt auf dem traditionellen Land der U'wa auszusetzen. Wir haben die Hoffnung, als dass Sie der Bitte entsprechen, die die U'wa Ihnen mit diesem Brief übermitteln. Es gibt nichts, was Sie sonst tun könnten. ... Sie sprechen von Verhandlungen und Konsultationen mit den U'wa. Mein Volk sagt, dass es nicht verhandeln wird. Unser Vater hat uns nicht dazu autorisiert. Wir können das Öl, das Blut unserer Mutter Erde, nicht verkaufen. Die Mutter Erde ist heilig. Es gibt nichts zu verhandeln: Versuchen Sie also bitte nicht, uns und andere mit ihren Angeboten zu verwirren. Bitte, hören Sie auf unser Ersuchen, ein Ersuchen, das auf unserem überlieferten Recht fußt, auf unserem Territorium geboren zu sein. Setzen sie das Erdölprojekt auf dem traditionellen U'wa-Land aus. Die U'wa verlangen eine Respektsbekundung Ihrerseits."(Kommuniqué der U'wa vom 20. Oktober 1997).

Schon im Mai 1997 hatte die kolumbianische Regierung ein formales Ersuchen an die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gerichtet - deren damaliger Generalsekretär der ehemalige kolumbianische Präsident Cesar Gaviria war - um internationale Hilfe bei der Beilegung des Konfliktes zu erreichen. Ein ad-hoc Projekt, an dem neben der OAS auch die Harvard-Universität beteiligt war, nahm sich des Problems an, bereiste die Konfliktzone und stellt der kolumbianischen Regierung im September 1997 ihre Ergebnisse vor, die acht Empfehlungen umfassen:

1. eine öffentliche Erklärung der Erdölgesellschaft, ihre Erdölerkundungs- und -ausbeutungsvorhaben auszusetzen, um damit die Voraussetzung für eine spätere Wiederaufnahme zu verbessern;
2. eine Erweiterung des U'wa-Territoriums;
3. keine weiteren öffentlichen Verlautbarungen der Erdölgesellschaft, die die indianischen Gegner des Erdölprojektes und den bewaffneten Guerrillagruppen in Verbindung bringen;



CLIMATE ALLIANCE  
KLIMA-BÜNDNIS  
ALIANZA DEL CLIMA e.V.

Kolumbien: Die U'wa

4. Respekt vor den traditionellen Vertretungs- und Führungsstrukturen der U'wa;
5. ein Konsultationsprozess unter Regierungsverantwortung, der auch die außerhalb des Konzessionsgebietes der Erdölgesellschaft lebenden U'wa einbezieht;
6. Bereitstellung einer ausreichenden und verständlichen Informationsgrundlage für die U'wa;
7. die Schaffung eines Programmes zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses;
8. die Einrichtung eines Programms zur Krisenprävention und -lösung.

Die Empfehlungen wurden veröffentlicht und breit diskutiert. Sie wurden als großer Erfolg für die U'wa präsentiert, die sich aber genauso wie die ONIC skeptisch zeigten, weil an der Absicht, die Erdölförderung im U'wa-Gebiet später doch in Angriff zu nehmen, nicht gerüttelt wurde. Die ONIC erklärte in ihrer Stellungnahme:

"ein Dialog, der nur vorsieht, dass eine der Konfliktparteien die andere überzeugen kann, ist kein Dialog sondern ein Diktat ... Diese Empfehlungen scheinen das Ergebnis vorwegzunehmen und lassen keinen Raum für das Gespräch, wodurch das empfohlene Prozedere und die zeitweise Aussetzung den Erdölgesellschaften und der Regierung zugute käme, die anhaltende Befürchtung der U'wa jedoch bestehen bleibt." Die geplante zweite Phase der Krisenintervention kam danach nicht mehr zustande.

Die kolumbianische Regierung des scheidenden liberalen Präsidenten Samper (1994 – 1998) wie auch der neuen konservativen Regierung Pastrana (1998 – 2002) begannen dennoch, die Empfehlungen umzusetzen. Es gab gesetzliche Neuregelungen hinsichtlich der Konsultationen mit den indianischen Gemeinschaften, der Bedingungen für die Erteilung der Umweltgenehmigung und des Status der Erdölfördergebiete. Insgesamt waren diese aber nur dazu angetan, die Erdölförderung reibungsloser zu ermöglichen. So wurde einerseits eine Erweiterung des rechtlich anerkannten Territoriums der U'wa in Angriff genommen, andererseits erhielt aber die OXY im gleichen Atemzuge ihre Umweltgenehmigung. Auch wenn die U'wa in den Besitz weiter Teile ihres traditionellen Territoriums kamen, erwies sich dies als ein zweifelhafter Erfolg, weil ihrem größten Anliegen, das Erdöl unangetastet im Boden zu belassen, nicht Rechnung getragen wurde.

### **Die Anerkennung des traditionellen Territoriums der U'wa**

Um die taktischen Schachzüge der Regierung in dieser Phase des Konflikts zu verstehen, muss man die Landrechtsverhältnisse der U'wa kennen. Nachdem die U'wa ab 1940 weite Teile ihrer Territoriums an nicht-indianische Siedler verloren hatten, begannen sie in den 1970er Jahren bei der staatlichen Bodenreformbehörde die Anerkennung ihres Landes und die Schaffung eines Reservats zu fordern.

1974 richtete die Bodenreformbehörde dann ein Reservat von 45.440 ha Größe ein im Gebiet der Klanggruppen Kubaru'wa, Kaibaká und Tagrinu'wa. 1979 entstand ein weiteres Reservat mit dem Namen Tauretes-Aguablanca von 8.000 ha Ausdehnung. Als die staatlichen Stellen sich aufgrund landesweiter indigener Forderungen dazu veranlasst sahen, die alten noch aus der Kolonialzeit stammenden Schutzgebiete der „resguardos“ neu zu beleben, die neben Landrechten auch Selbstverwaltungsrechte einschlossen, wurde das erste U'wa-Reservat um 15.675 ha auf insgesamt 61.115 ha erweitert und in das Resguardo Cobaria-Tegria-Bokota-Rinconada überführt.



CLIMATE ALLIANCE  
KLIMA-BÜNDNIS  
ALIANZA DEL CLIMA e.V.

Kolumbien: Die U'wa

Nachdem die indianischen Rechte durch die neue Verfassung Kolumbiens aus dem Jahre 1991 erheblich erweitert und in Verfassungsrang erhoben worden waren, begannen die U'wa die Forderung nach einem zusammenhängenden U'wa-Resguardos zu stellen. Es sollte die Grenzen des alten Siedlungsgebietes dieses Volkes umfassen und alle U'wa-Gemeinschaften einschließen, unabhängig davon, ob sie nach den innerstaatlichen Verwaltungsgrenzen in unterschiedlichen Bundesländern lebten. Diese Forderung fiel in die Zeit, als sich die Auseinandersetzungen mit der Erdölgesellschaft OXY abzuzeichnen begannen.

Eine Expertengruppe, die 1995 und 1996 zusammentrat, begann in Zusammenarbeit mit dem Obersten Rat der U'wa, das ursprüngliche Siedlungsgebiet dieses Indianervolkes zu identifizieren und eine entsprechende Studie zu erstellen. Nachdem das ad-hoc-Projekt von OAS und Harvard-Universität die Erweiterung des U'wa-Territoriums als Empfehlung ausgesprochen hatte, nahm die Regierung zum Ende 1998 deren Umsetzung in Angriff. Der neue Umweltminister selbst nahm zu diesem Zweck am 5. Kongress der U'wa teil und setzte zu Beginn des Jahres 1999 formal den Prozess in Gang. Zwar gab es noch heftige Auseinandersetzungen über die endgültige Grenzfestlegung des vereinigten U'wa-Resguardos, doch wurden diese mit kleineren Änderungen entsprechend der Forderungen der U'wa beigelegt. Am 23. August 1999 übergab die kolumbianische Regierung den U'wa den Titel über das erweiterte Territorium von 220.275 ha und stellte 150 Millionen US\$ in Aussicht, um die nicht-indianischen Siedler auf diesem Gebiet zu entschädigen. In einer gemeinsamen Erklärung bekräftigen die beteiligten staatlichen Stellen und der Oberste Rat der U'wa die Zustimmung zum erzielten Konsens. Das Resguardo wurde per Entschließung Nr. 56 vom 6.8.1999 errichtet. Allerdings hielten die U'wa ihre Ablehnung der Erdölförderung weiterhin aufrecht. In der selben Erklärung heisst es: „Die U'wa erklären ..., dass der zum Abschluss gekommene Prozess ihre Position der Ablehnung gegenüber der Erdölförderung weder innerhalb noch außerhalb dieses Gebietes aufhebt.“ In einem Schreiben an den kolumbianischen Präsidenten vom 23. August 1999 heisst es in ähnlicher Weise: „... aufgrund der Tatsache, dass wir Teile unseres Territoriums zurückgewonnen haben, welches uns heute formell übergeben wurde, bitten wir um uneingeschränkten Respekt gegenüber der Position, die wir als U'wa-Volk haben, keine Erdölerkundungs- und Ausbeutungsaktivität innerhalb und außerhalb des Territoriums zu dulden, das uns rechtlich anerkannt wurde.“

Noch ein schreckliches Ereignis dieser Zeit belegt, dass Erdöl nicht das einzige Problem der U'wa ist, in deren Gebiet auch Guerillaverbände aktiv sind. Dies wurde im März 1999 mit der Ermordung von drei US-Amerikanern durch die Guerillaorganisation FARC deutlich. Die drei waren zur Unterstützung der U'wa in die Region gereist, wurden von der FARC entführt und getötet mit der Begründung, sie hätten nicht die Genehmigung der Guerilla für dieses Gebiet gehabt.

### **Die neue Umweltgenehmigung für OXY**

Die weitere Entwicklung zeigt, dass die wiederholt von den U'wa zum Ausdruck gebrachten Bedenken gegen die Erdölförderung von staatlicher Seite nie wirklich berücksichtigt wurden. Die Regierungsstellen hatten bei der Handhabung des Konfliktes zu keinem Zeitpunkt das Ziel, die Erdölförderpläne im U'wa-Gebiet aufzugeben. So erteilte das Umweltministerium am 21. September 1999, also nur einem Monat nach der Übergabe der Landtitel an die U'wa, der OXY eine Umweltgenehmigung zur Erdölerkundung. Die OXY hatte in der Zwischenzeit eine neue Fundstelle mit Namen Gibraltar 1 identifiziert, für die sie die Genehmigung beantragte und auch erhielt. Diese lag gan-



CLIMATE ALLIANCE  
KLIMA-BÜNDNIS  
ALIANZA DEL CLIMA e.V.

Kolumbien: Die U'wa

ze 700 m von der Grenze des neuen Resguardos entfernt. Aus Sicht der Erdölgesellschaft und der Regierung mag dies ein kluger Schachzug gewesen sein. Für die U'wa war es ein Betrug, und die Unterstützung, die sie für ihre Proteste in Lateinamerika, den USA und Europa erhielten, sollten sie in dieser Auffassung bestätigen. Der Fall der U'wa machte deutlich, dass Bohrrechte noch immer schwerer wiegen als Menschenrechte.

In der Folge wurde die Frage der Umweltgenehmigung erneut vor verschiedenen juristischen Instanzen verhandelt, ein weiteres Mal spielte die Frage der Konsultationen mit den betroffenen Indianergemeinschaften eine Rolle, und wieder wurde die Umweltgenehmigung für rechtens erklärt, nun aber, weil sie ein Gebiet betraf, das außerhalb des neuen Resguardos lag.

Die U'wa reagierten im zivilen Ungehorsam. 250 Indianer besetzten in einer friedlichen Aktion das Gebiet von Gibraltar 1. Ende Januar 2000 beschloss die Regierung die Räumung und entsandte 5.000 Soldaten. Nach den Verlautbarungen der U'wa wurden bei der Räumung Hubschrauber eingesetzt, und drei Indianer verschwanden während der Militäraktion. Erst später stellte sich heraus, dass die Besetzer von „ihrem Land“ vertrieben worden waren, denn die U'wa hatten mit finanzieller Unterstützung aus dem Ausland zwei kleinere Höfe von 11 ha und 24 ha in Umkreis der Fundstätte Gibraltar käuflich erworben. Diese Höfe sollten sie später per Gerichtsentscheid mit Ausnahme der eigentlichen Erdölfundstätte zurückerhalten.

Als Antwort auf die Räumung des besetzten Gebietes kam es in der ganzen Region zu einem zivilen Streik, und es fanden Straßenblockaden statt. Die Räumung durch die Polizei kostete drei Indianerkindern das Leben. Die Proteste dauerten an, bis die Regierung Mitte des Jahres 2000 Verhandlungsbereitschaft signalisierte. Vom Verhandlungstisch zogen sich die U'wa im September zurück, nachdem sich herausstellte, dass es einen Stop der Explorationsarbeiten durch OXY nicht geben würde. Unter Militärschutz nahm die OXY Ende des Jahres 2000 die Explorationsarbeiten auf. Im Juli 2001 jedoch gab das Erdölunternehmen überraschend bekannt, dass es in der Fundstätte Gibraltar 1 keine nennenswerten Erdölvorkommen gäbe. Im Mai 2002 trat es seine Rechte an der Fundstätte nach geschätzten Gesamtinvestitionen von 60 Millionen US-Dollar zurück. Berechtigten Anlass zum Zweifel, ob OXY mit offenen Karten gespielt hatte, gab die Tatsache, dass ECOPETROL schon im November 2002 die Explorationsarbeiten wieder aufnahm und 90 Tage später den Fund reicher Erdölvorkommen an der Gibraltar 1-Fundstelle verkündet. Es ist anzunehmen, dass der Rückzug der OXY taktisch und vorübergehend ist. Die Erdölgesellschaften waren in der Vergangenheit wiederholt von Guerillaverbänden der FARC und ELN angegriffen worden, denen die neue konservative Regierung Uribe Velez den Kampf angesagt hat. Sollte diese Politik und die angekündigte US-amerikanische Militärhilfe für die Guerillabekämpfung Erfolg haben, wird im Anschluss daran vermutlich mit einem erneuten Engagement der OXY im U'wa-Gebiet zu rechnen sein. Zur Zeit aber ist die staatliche kolumbianische Erdölgesellschaft ECOPETROL aktiv, von der den U'wa neue Vorstöße drohen. In einer jüngeren Erklärung des U'wa-Rates heisst es dazu: „Heute, am 4. März 2003 stellen wir klar, dass ECOPETROL und die nationale Regierung sowie die OXY die direkten Verantwortlichen sind für die Zerstörung, das gewaltsame und allmähliche Verschwindenlassen einer Geschichte und einer Kultur, die Teil eines Tausend Jahre alten Volkes sind, welches nur sein intaktes Territorium fordert, Frieden und Ruhe um in Einklang mit der Natur zu leben und so das Gesetz zu erfüllen, das uns unser Gott gegeben hat.“

Vermutlich will OXY zunächst abwarten, bis die Regierung mit US-amerikanischer Militärhilfe linksgerichtete Guerillaverbände erfolgreich be-



CLIMATE ALLIANCE  
KLIMA-BÜNDNIS  
ALIANZA DEL CLIMA e.V.

Kolumbien: Die U'wa

kämpft, die in der Region wiederholt Anschläge auf Erdölpipelines verübten. Eine Zusammenarbeit der OXY mit der 18. Brigade der kolumbianischen Streitkräfte, die bei ihrer Guerillabekämpfung vor Menschenrechtsverletzungen nicht zurückschreckt, ist belegt, und die Aufstockung der US-amerikanischen Militärhilfe unter der Bush-Administration, lässt ähnliches vermuten. Außerdem wird OXY unabhängig davon, wer das Öl des Vorkommens Gibraltar 1 fördert, über den Abtransport durch ihre Pipeline Caño Limón daran profitieren, die ihr gemeinsam mit ECOPETROL gehört.



CLIMATE ALLIANCE  
KLIMA-BÜNDNIS  
ALIANZA DEL CLIMA e.V.

Kolumbien: Die U'wa